

A-02 Ukraine: Deeskalieren und Stabilisieren

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle Debatte

Antragstext

- 1 Die Lage im Russland/Ukraine-Konflikt verschärft sich seit Jahren, zuletzt mit stark
2 zunehmenden Tempo. Mittlerweile besteht eine ernstzunehmende Kriegsgefahr, die im
3 worst case
4 atomar eskalieren kann. Keine Seite scheint zum Einlenken bereit, alle verschärfen ihre
5 Rhetorik. Bündnis90/Die Grünen als Friedenspartei und aktueller Regierungspartner in
6 Deutschland sieht sich aufgrund der aktuellen Lage mehr denn je in der Pflicht zu
7 handeln.
- 8 Die BDK fordert daher:
- 9 1. die Initiierung (durch die deutsche Regierung) einer hochrangigen Konferenz
10 auf der
11 Grundlage der fortbestehenden Gültigkeit der Helsinki-Schlussakte 1975,
12 der Charta von
13 Paris 1990 und der Budapester Vereinbarung von 1994, die über das Ziel
14 einer
15 Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät. Eine
16 Voraussetzung
17 dafür ist, dass seitens der westlichen Regierungen die – tatsächlichen oder
18 vermeintlichen – Sorgen der russischen Führung ernstgenommen werden.
 - 19 2. die Bereitschaft aller in den Konflikt involvierten Regierungen für die Dauer
20 dieser
21 Konferenz- und dafür wäre realistischweise ein Zeitraum von mindestens
22 zwei Jahren
23 anzusetzen –auf jede militärische Eskalation zu verzichtet. Die deutsche
Regierung
wird sich auf westliche Seite und gegenüber den ukrainischen
Gesprächspartnern auf
allen diplomatischen Kanälen dafür einsetzen. Die scharfe Überwachung
und Einhaltung
des Minsker Abkommens durch alle Seiten ist unverzichtbar.
 3. die Bekräftigung der aktuelle Beschlusslage der NATO, dass eine Ost-
Erweiterung
gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung steht – im Verständnis, dass eine
solche nicht
grundsätzlich auszuschließen ist, wie auch eine Mitgliedschaft Russlands
nicht
grundsätzlich auszuschließen wäre.
 4. die Wiederbelebung des NATO-Russland-Dialog auf politischer und
militärischer Ebene

- 24 ohne Konditionen. Dazu zählt auch ein Neuansatz für die europäische
Rüstungskontrolle.
- 25 Nach Wegfall für die Sicherheit Europas wesentlicher Vereinbarungen (INF-
Vertrag, KSE-
26 Vertrag, Vertrag über den offenen Himmel) ist es angesichts der russischen
27 Truppenkonzentrationen an der Grenze zur Ukraine vordringlich, gezielt
Maßnahmen zur
28 Schaffung von mehr Transparenz, zur Förderung von Vertrauen durch
Verstärkung von
29 Kontakten auf politischen und militärischen Ebenen sowie zur Stabilisierung
regionaler
30 Konfliktsituationen zu vereinbaren.
- 31 5. weitergehende ökonomische Kooperationsangebote an die Ukraine wie auch
an Russland.
- 32 Wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte einen wichtigen Beitrag zu
europäischer
33 Stabilität leisten und zudem ein Anreiz für Russland zur Rückkehr zu einer
34 kooperativen Politik gegenüber dem Westen sein. Diese Zusammenarbeit
könnte vorrangig
35 im Bereich des Klimaschutzes und des Ausbaus erneuerbarer Energie
beginnen.

Begründung

Begründung folgt, s. a. LINK Ukraine-Papier

https://www.gruene-linke.de/wp-content/uploads/2021/12/Ukraine-Konflikt_15_12_21.pdf

weitere Antragsteller*innen

Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Martin Pilgram (KV Starnberg); Joachim Schäfer (KV Frankfurt); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Thomas Reimeier (KV Lippe); Reinhard Bayer (KV Gießen); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Tim Sedlmaier (KV Garmisch-Partenkirchen); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land); Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn); Heinz-Hermann Ingwersen (KV Neumünster); Volker Beer (KV Borken); Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Andreas Müller (KV Essen); sowie 21 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.